



EUROPÄISCHE KOMMISSION

COSTA RICA

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2007-2013

29.03.2007 (E/2007/483)

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER 2007-2013

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| ZUSAMMENFASSUNG | 5 |
| 1. ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION MIT COSTA RICA..... | 6 |
| 1.1. <u>ALLGEMEINE ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT</u> | 6 |
| 1.2. <u>BESONDERE ZIELSETZUNGEN FÜR ZENTRAL- UND LATEINAMERIKA</u> | 6 |
| 1.3. <u>BILATERALE ZIELE</u> | 7 |
| 2. LÄNDERANALYSE UND WICHTIGSTE HERAUSFORDERUNGEN..... | 8 |
| 2.1. <u>POLITISCHE LAGE</u> | 8 |
| 2.2. <u>SOZIALE LAGE</u> | 9 |
| 2.3. <u>ZUSTAND DER UMWELT (ANHANG 6)</u> | 10 |
| 2.4. <u>WIRTSCHAFT, INVESTITIONEN UND HANDEL</u> | 11 |
| 2.5. <u>REGIONALE INTEGRATION</u> | 14 |
| 3. COSTA RICAS NATIONALER PLAN | 15 |
| 4. BILANZ DER ZUSAMMENARBEIT: KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ | 16 |
| 4.1. <u>DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION: ERFAHRUNGEN AUS DEM PROGRAMMZEITRAUM 2002-2006</u> | 16 |
| 4.2. <u>DIE PROGRAMME DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND SONSTIGER GEBER</u> | 18 |
| 4.3. <u>KOHÄRENZ MIT DEN MAßNAHMEN UND INSTRUMENTEN DER UNION (ANHANG 11)</u> | 19 |
| 5. STRATEGIE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION | 20 |
| 5.1. <u>ZIELE UND BESTIMMUNGEN</u> | 20 |
| 5.2. <u>BEGRÜNDUNG DER WAHL DER SCHWERPUNKTTHEMEN</u> | 21 |
| 5.2.1. <i>Sozialer Zusammenhalt</i> | 21 |
| 5.2.2. <i>Regionale Integration</i> | 22 |
| 5.3. <u>AUSARBEITUNG DER PROGRAMME NACH SCHWERPUNKTTHEMEN</u> | 22 |
| 6. NATIONALES RICHTPROGRAMM (NIP) 2007-2013 | 22 |
| 6.1. <u>BEDINGUNGEN</u> | 23 |
| 6.2. <u>MAßNAHMEN UND SCHWERPUNKTTHEMEN</u> | 23 |
| 6.2.1. <i>Sozialer Zusammenhalt</i> | 23 |
| 6.2.2. <i>Regionale Integration</i> | 26 |
| 6.3. <u>KOMPLEMENTARITÄT MIT ANDEREN INSTRUMENTEN DER ZUSAMMENARBEIT</u> | 27 |
| 7. INDIKATIVER ZEITPLAN FÜR DIE UMSETZUNG 2007-2013 | 28 |

ANHÄNGE

Anhang 1 Länderübersicht und Budgetstruktur

Anhang 2: Außenhandel

Anhang 3: Millenniumsentwicklungsziele

Anhang 4: Soziale Vergleichsindikatoren

Anhang 5: Gleichstellung der Geschlechter

Anhang 6: Umweltprofil

Anhang 7: Internationale Zusammenarbeit in Costa Rica

Anhang 8: Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Anhang 9: Programmverlauf 2002-2006

Anhang 10: Indikatoren für die Schwerpunktsektoren

Anhang 11: Kohärenz der Maßnahmen

Anhang 12: Zusammenfassung der Strategie für Zentralamerika

Anhang 13: LSP-Anhörungsprozess im Programmzeitraum 2007-2013 für Costa Rica

ZUSAMMENFASSUNG

Das Strategiepapier Costa Rica 2007-2013 stützt sich auf den Entwicklungsplan des Landes, bezieht die Lehren aus der Umsetzung der Strategie der Kommission für 2002-2006 mit ein und berücksichtigt die Prioritäten des vierten Gipfels in Wien.

Costa Rica ist ein Land mit mittlerem Einkommen und einem guten Platz auf der weltweiten Rangliste des Index für menschliche Entwicklung (HDI). Es hat eine offene Wirtschaft, die sich auf Landwirtschaft und Dienstleistungen, insbesondere den Tourismus, stützt. Die Landwirtschaft hat einen immer geringeren Anteil am Sozialprodukt, jedoch kommt ihr insbesondere mit den Produkten Bananen und Kaffee eine sehr wichtige Exportbedeutung zu.

Obgleich Costa Rica einer Integration mit seinen zentralamerikanischen Nachbarn aufgrund seiner besseren wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse traditionell zögerlich gegenübersteht, hat sich das Land stärker in diese Richtung engagiert, vor allem mit Blick auf ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union.

In den vergangenen Jahren haben sich die guten Indikatoren des Landes deutlich und stetig verschlechtert, und zwischen 2001 und 2004 ist Costa Rica von Platz 42 auf Platz 47 des HDI-Ranking zurückgefallen. Seine wirtschaftlichen und sozialen Daten sind beunruhigend, und mangels ausreichender Steuermittel entsprechen die öffentlichen Investitionen nicht den Herausforderungen des Landes. Wie in der Zusammenfassung des Berichts über die Lage der Nation von 2004 nachzulesen, hat Costa Rica durch die Wahl eines nicht nachhaltigen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltmodells damit begonnen, „auf Kosten seiner Zukunft zu leben“. Aus politischer Sicht ist eine gewisse Lähmung des Gesetzgebungsprozesses zu beobachten, wodurch Reformen gebremst werden. Hinzu kommen Korruptionsskandale, die das Vertrauen der Costaricaner in die Demokratie ihres Landes untergraben. Costa Rica muss die Herausforderungen der Globalisierung, des zentralamerikanischen Freihandelsabkommens (CAFTA) und der wachsenden Konkurrenz auf den internationalen Märkten bewältigen, d.h. weiterhin investieren, modernisieren, seine Wirtschaft diversifizieren und seine Produktivität steigern.

Das vorliegende Strategiepapier wurde in Abstimmung mit den verschiedenen betroffenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, den Mitgliedsstaaten und der internationalen Gemeinschaft erarbeitet. Es beinhaltet den Vorschlag, die Strategie für den Zeitraum 2007-2013 auf die zwei folgenden Bereiche zu konzentrieren:

- die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch Unterstützung der Modernisierung des Staates, um soziale Einrichtungen zu verbessern und Armut sowie soziale und territoriale Ungleichheit zu verringern (75% der Hilfen), wobei das Hauptaugenmerk den schwächsten Bevölkerungsgruppen gelten muss;
- Förderung der regionalen Integration in Zentralamerika, um die Bemühungen des Landes zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, mit der Region konvergente Maßnahmen zu entwickeln sowie seine Wettbewerbsfähigkeit und Handelsposition (25%) zu verbessern.

Für den Zeitraum 2007-2013 wurde für Costa Rica ein Richtbetrag von 34 Millionen Euro zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen. Dies ist ergänzend zu den gegebenenfalls aus regionalen Programmen für Zentral- oder Lateinamerika sowie aus thematischen Programmen finanzierten Maßnahmen zu sehen.

Die Durchführung der Programme hängt von den Fortschritten im Zusammenarbeitszeitraum 2002-2006 ab.

1. ZIELE UND GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION MIT COSTA RICA

1.1. Allgemeine Ziele der Zusammenarbeit

Gemäß Artikel 177 des Vertrags hat die europäische Entwicklungspolitik die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer sowie ihre schrittweise Eingliederung in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Armut zum Ziel.

Im November 2005 verabschiedeten der Rat und die Europäische Kommission in Übereinstimmung mit Artikel 177 des Vertrags eine gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union, den „Europäischen Konsens“. Er beschreibt die gemeinsame Vision der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich Entwicklungszusammenarbeit.

Die Erklärung legt fest, dass die Verringerung und wenn möglich die Beseitigung der Armut im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und insbesondere die Millenniumsziele, ebenso wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte, ein Hauptziel der Zusammenarbeit mit Drittländern darstellen. Sie hebt die Bedeutung der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern und der Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Menschenrechte und Demokratie für eine gerechtere Globalisierung hervor. Sie bekräftigt erneut das Engagement für die Förderung der Kohärenz der Maßnahmen mit der Entwicklungspolitik. Alle Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben könnten, müssen die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen und die Entwicklungsziele unterstützen. Und schließlich legt der Europäische Konsens besonderen Nachdruck auf das Prinzip der Eigenverantwortung der Partnerländer, die in den Genuss der Entwicklungsstrategien und -programme kommen, und setzt sich für einen intensiveren politischen Dialog sowie eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit ein.

1.2. Besondere Zielsetzungen für Zentral- und Lateinamerika

Costa Rica fällt unter die Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über die Einführung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit mit Bezug auf Artikel 179 EG-Vertrag.

In ihrer Mitteilung vom Dezember 2005 mit dem Titel „Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ bekräftigt die Kommission ihr Ziel, die Partnerschaft mit der Region zu stärken, den politischen Dialog auszubauen, die Zusammenarbeit auf die politischen Programme, die Bedürfnisse und die Besonderheiten der Empfängerländer abzustimmen und Handel und Investitionen zu fördern. Auf dem vierten Gipfeltreffen der Staatshäupter der lateinamerikanischen Länder, der Karibik und der Europäischen Union im Jahre 2006 wurde das Engagement zur Stärkung der biregionalen Partnerschaft erneut hervorgehoben. Als weitere Schwerpunkte und vorrangige Ziele des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit wurden zudem Multilateralität, regionale Integration und sozialer Zusammenhalt definiert.

Die regionalen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den sechs zentralamerikanischen Republiken werden historisch im Rahmen des 1984 in Costa Rica begonnenen San José Dialogs gepflegt, dem wichtigsten Instrument des politischen Dialogs in beiden Regionen. Er war ursprünglich zur Unterstützung des Friedens- und

Demokratisierungsprozesses in der Region eingerichtet worden. Nach seiner Erneuerung in den Jahren 1996 und 2002 wurde der Dialog von San José auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ausgedehnt.

Aktueller Rahmen für die Zusammenarbeit ist das Rahmenabkommen über die regionale Zusammenarbeit und Entwicklung von 1993, das von den sechs zentralamerikanischen Ländern und der Europäischen Kommission unterzeichnet wurde und 1999 in Kraft trat. Dieser Vertrag der „dritten Generation“ deckt zahlreiche Bereiche ab und sieht die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses zur Überwachung seiner Umsetzung wie auch Unterausschüsse, die mit der detaillierten Überprüfung der in den Abkommen enthaltenen Bereiche betraut sind, vor.

Im Dezember 2003 unterzeichneten die Europäische Union und Zentralamerika ein neues Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit, das den Dialog von San José institutionalisiert und die Zusammenarbeit auf Bereiche wie Wanderbewegungen und Terrorismusbekämpfung ausdehnt. Diese Vereinbarung bereitet auch den Weg für ein künftiges Assoziierungsabkommen, das seit dem dritten Gipfeltreffen von Guadalajara gemeinsames strategisches Ziel der beiden Parteien ist.

So erklärten die Staats- und Regierungschefs auf diesem Gipfeltreffen, ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika sei ein gemeinsames strategisches Ziel, und brachten ihre Freude über die Entscheidung der beiden Parteien zum Ausdruck, durch gemeinsame Bewertung des zentralamerikanischen wirtschaftlichen Integrationsprozesses einen Prozess einzuleiten, um diese Vereinbarung zu erreichen. Angesichts der positiven Ergebnisse der gemeinsamen Bewertung beschlossen die beiden Regionen auf dem Gipfeltreffen von Wien, Verhandlungen im Hinblick auf ein Assoziierungsabkommen, einschließlich der Schaffung einer Freihandelszone aufzunehmen. Zentralamerika betonte bei dieser Gelegenheit seinen Willen, die im März 2006 in Panama von den Staatschefs der Region getroffenen Entscheidungen zur Ratifizierung der zentralamerikanischen Investitions- und Dienstleistungsabkommen umzusetzen und ein Rechtsinstrument zu schaffen, das die Einhaltung der regionalen Wirtschaftsgesetzgebung in der gesamten Region sicherstellt.

1.3. **Bilaterale Ziele**

Die bilateralen Zielsetzungen sind auf den regionalen Rahmen abgestimmt. Die EU und Costa Rica sind wichtige politische und wirtschaftliche Partner:

- Costa Rica spielt im Hinblick auf Stabilität und Wahrung der demokratischen Werte traditionell eine wichtige Rolle in der Region. Für die EU ist es von Bedeutung, ihren politischen Dialog mit diesem Land im zentralamerikanischen Kontext wie auch in ihrer Entwicklungszusammenarbeit fortzuführen und zu festigen.
- Costa Rica unterhält sehr dynamische Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der EU. Die EU ist erfreut über das wachsende Engagement des Landes im regionalen Integrationsprozess Zentralamerikas, der einen Schwerpunkt bei der Vorbereitung der Verhandlungen zum Abschluss eines regionalen Assoziierungsabkommens mit der EU bildet.

2. LÄNDERANALYSE UND WICHTIGSTE HERAUSFORDERUNGEN

2.1. Politische Lage

Durch sein unabhängiges und kompetentes Justizwesens kann Costa Rica im Menschenrechtsbereich gute Ergebnisse vorweisen. Es beherbergt den Sitz des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Interamerikanischen Instituts für Menschenrechte, was sein Engagement für die Menschenrechte und seine Bemühungen für den Frieden in der Region widerspiegelt. Dieses Engagement wurde durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Oscar Arias, der 2006 zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, belohnt.

Gleichwohl beklagen internationale Organisationen eine Reihe von Problemen, wie die Überbelegung im Strafvollzug, Missbrauch von Minderjährigen, Kinderprostitution und eheliche Gewalt.

Die Gesetzgebung des Landes ist mit dem internationalen Arbeitsrecht nicht völlig konform, insbesondere im Hinblick auf die Bestimmungen zu Kollektivverhandlungen und Tarifverträgen, doch wurden bereits entsprechende Verpflichtungen eingegangen (IAO).

Die indigenen Bevölkerungsgruppen, die etwa 1,7% der Bevölkerung ausmachen, sind in ländlichen Gebieten weiterhin marginalisiert, und ihre sozialökonomischen Indikatoren liegen unterhalb des nationalen Durchschnitts.

Costa Rica lebt bereits seit 1948 in Demokratie und Stabilität. In den vergangenen Jahren hatte die Regierung Mühe, einen Konsens über ihren nationalen Entwicklungsplan zu erreichen, insbesondere aufgrund der Blockade der Gesetzgebenden Versammlung. Es gelang ihr nicht, wesentliche Reformen wie die Steuerreform oder die Ratifizierung des zentralamerikanischen Freihandelsabkommens (CAFTA) zum Beschluss oder den Privatisierungsprozess voranzubringen. Die Zahl der zwischen 2003 und 2004 verabschiedeten Gesetze ist nur halb so hoch wie die der Jahre zuvor, und es konnten nur wenige Entscheidungen von nationalem strategischen Interesse getroffen werden. Costa Rica steht seit einigen Jahren vor dem Problem einer schwachen Leistung seines Staatsapparats, obwohl die aufeinander folgenden Regierungen versucht haben, die Kräfteverhältnisse neu zu ordnen, um Rechenschaftspflicht, Effizienz und Transparenz der Regierungsarbeit zu stärken.

Im Jahre 2004 wurde das Land von einer Reihe von Korruptionsskandalen erschüttert, in die drei ehemalige Präsidenten verwickelt waren und die zwei von ihnen in Untersuchungshaft brachten. Diese Ereignisse waren jedoch auch Beweis für die Unabhängigkeit der Justiz und die Entschlossenheit der politischen Institutionen, die Korruption zu bekämpfen. Die Skandale hatten auch politische Auswirkungen, da sich bei den Wahlen vom Februar 2006 ein Übergang von einem Zweiparteiensystem zu einem weniger statischen System abzeichnete und die Unzufriedenheit der Wähler mit den zwei wichtigsten politischen Parteien zu Tage trat. Die costaricanische Politik wurde traditionell von zwei Gruppierungen dominiert: dem Partido de Unidad Socialcristiana (PUSC), Partei des Präsidenten Pacheco, der sein Mandat 2006 niederlegte, und dem Partido de Liberación Nacional (PLN), Partei des neuen Präsidenten Oscar Arias. Beide Parteien werden der politischen Mitte zugehörig eingeordnet und weisen keine größeren ideologischen Unterschiede auf. Als Folge der Suche nach Alternativen zu den beiden vorgenannten Parteien haben sich neue Parteien wie der Partido Acción Ciudadana (PAC) oder der Movimiento Libertario gebildet. Der knappe Sieg von Oscar Arias über Otton Solís (PAC) und das starke Abrutschen des PUSC in der Wählergunst verändern die politische Landschaft des Landes. Die Kluft zwischen dem persönlichen Ergebnis von Otton Solís (39,80% der Stimmen) und des PAC in der Gesetzgebenden Versammlung (25,3%) zeigt, dass die Partei noch keine

stabile Wählerschaft hat. (Siehe Anhang 1 über die Zusammensetzung der Versammlung von 57 Mitgliedern).

Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Februar 2006 wurden der Korruptionsverdacht und die effektive Machtzentralisierung angeprangert. Seit einer Verfassungsänderung, die mit einer Dezentralisierung der Zuständigkeiten einherging, erhalten die Gemeinden jetzt zwar 10% der Staatsmittel, praktisch gesehen beschränkt sich dieser Anteil aber aufgrund des extrem starren institutionellen Systems lediglich auf zirka 3,5%. Dabei hält die Mehrheit der politischen Parteien eine Änderung der Kompetenzverteilung im Lande sowie die Dezentralisierung und Übertragung von Zuständigkeiten an die Städte und Gemeinden für unbedingt erforderlich.

Die Hälfte der Zuwanderer nach Costa Rica kommt aus Nicaragua. Schätzungen zufolge beläuft sich die nicaraguanische Bevölkerung in Costa Rica auf 500.000 Personen: das sind 50% aller Ausländer im Land. Dies stellt die costaricanische Gesellschaft vor Integrationsprobleme. Wie anderswo auch ist die Integration der Zuwanderer eine Herausforderung für die Bereiche Sicherheit, Beschäftigung und Zugang zu sozialen Einrichtungen.

Das Verhältnis zwischen Costa Rica und Nicaragua ist immer wieder spannungsgeladen, insbesondere aufgrund ihres Streits um Costa Ricas Navigationsrechte auf dem Grenzfluss San Juan. Costa Rica hat die Streitfrage im September 2005 vor den Internationalen Gerichtshof gebracht. Des Weiteren hat es restriktivere Gesetze zur Einwanderungskontrolle eingeführt, die insbesondere nicaraguanische Staatsbürger betreffen.

Costa Rica ist Transitland für Drogen von Kolumbien in andere Länder und damit besonders anfällig für Korruption und Geldwäscheaktivitäten. Das Land hat jedoch Maßnahmen getroffen, um die Kontrollen zu stärken und die Transaktionen transparenter zu machen.

2.2. Soziale Lage

Costa Rica ist ein Land mit mittlerem Einkommen (4329 Dollar pro Einwohner im Jahre 2004) und einem Armutsindex, der weit unter dem der anderen Länder in der Region liegt (siehe detaillierte Darstellung in Anhang 4). In den vergangenen Jahren, die durch verstärkte internationale Wirtschaftskonkurrenz und beachtliche regionale Turbulenzen gekennzeichnet waren, ist es Costa Rica gelungen, seine nationale Strategie zur gerechten menschlichen Entwicklung fortzuführen, die auf einem System allgemein zugänglicher staatlicher Sozialeinrichtungen beruht.

Eine der wichtigsten Feststellungen im zehnten Bericht über die Lage der Nation von 2004 war der breitere Zugang der Costaricaner zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnung und Grundversorgung. Dabei tragen die staatlichen sozialen Investitionen zur Begrenzung der Armutsfolgen bei. Diese Leistungen spiegeln sich auch im Bericht der Vereinten Nationen über die Millenniumsziele (Anhang 3) wider, wo bei zahlreichen Indikatoren im Sozialbereich (Unterernährung, Kindersterblichkeit, Zugang zur Primarbildung, Aids, Tuberkulose) und Umweltbereich (geschützte Gebiete, erneuerbare Energien, Zugang zu Trinkwasser) Verbesserungen abzulesen sind.

Das Land führt auch eine gezielte Politik zur Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen durch (Anhang 5). Gleichwohl ist eine große Kluft (im Schnitt 30%) zwischen den Löhnen von Männern und Frauen im Privatsektor festzustellen, wobei die Diskriminierung auf gehobenen Positionen ausgeprägter ist. Zudem sind Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer.

Der elfte Bericht zur Lage der Nation, der im November 2005 erschien, verweist auf die Verschlechterung zahlreicher sozialer und wirtschaftlicher Faktoren des Landes und unterstreicht insbesondere einige besorgniserregende Indikatoren aus dem Gesundheitsbereich wie zum Beispiel die Ausbreitung des Dengue-Fiebers (40.000 gemeldete Fälle).

Zwar ist der Anteil der Sozialausgaben am Staatshaushalt zwischen 1990 und 2004 um 58% gestiegen, unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums ist er jedoch eher rückläufig. Eine Inflationsrate von 10% im letzten Jahrzehnt und fehlende Haushaltsmittel ließen keinen Raum für ausreichende Investitionen in Infrastruktur und soziale Einrichtungen, die für die vorherige wie auch für die jetzige Regierung Priorität haben. So ist dem oben erwähnten elften Bericht zu entnehmen, dass die Investitionen (Verkehr, Wohnen, Gesundheit, mit Ausnahme des Bildungssektors (+4%)) und Sozialausgaben im zweiten Jahr in Folge zurückgegangen sind, obgleich die öffentlichen sozialen Investitionen 19% des BIP und 78% der Staatsausgaben für 2004 ausmachen.

Die soziale Kluft wird seit fünfzehn Jahren, vor allem aufgrund der sich immer weiter verschärfenden Lohnunterschiede, stetig breiter. Der Gini-Index ist in diesem Zeitraum von 37 auf 42 gestiegen. Darüber hinaus ist ein Anstieg der regionalen und lokalen Ungleichheit zu beobachten, die vor allem in ländlichen Gebieten zutage tritt.

Während landesweit 21,2% der Haushalte unterhalb der Armutsschwelle leben, waren es in abgelegenen Regionen wie in der Region Brunca im Jahre 2004 40%, wobei 21% der Haushalte in extremer Armut lebten, d.h. doppelt so viele wie im nationalen Durchschnitt. Ein weiteres beunruhigendes Phänomen ist die Verdopplung der Elendsviertel (Slums) ohne Zugang zur Grundversorgung in der Großregion San José in den letzten zehn Jahren.

Das Land muss zusätzliche Mittel aufbringen, um die Sozialausgaben zu steigern sowie wirksame und gezielte soziale Maßnahmen für die benachteiligten Regionen und Bevölkerungsgruppen ergreifen, um die Armut zu bekämpfen und Ungleichheit und Ausgrenzung zu verringern.

In einer Ausgangssituation, wo Sozialpolitik ausschließlich auf zentraler Ebene gesteuert wird, sollte eine derartige Strategie durch Stärkung der Verantwortlichkeiten und Verwaltungskompetenzen, auch auf lokaler Ebene, begleitet werden.

2.3. Zustand der Umwelt (Anhang 6)

Costa Rica verfügt über großen ökologischen Reichtum und biologische Vielfalt, die durch eine auf den Schutz der Ökosysteme ausgerichtete Umweltpolitik gefördert wird (25% geschützte Gebiete). Es hat es bemerkenswert gut verstanden, das touristische Potential seines Naturerbes zu nutzen. Der Umwelttourismus ist heute Haupteinnahmequelle des Landes für ausländische Devisen. Unter den Schwächen der Umweltpolitik sind insbesondere die unkontrollierte Abholzung der Wälder und die Umweltbelastung im Ballungsraum von San José hervorzuheben, wo 60% der Bevölkerung und 90% der Industrietätigkeit auf 4% der Landesfläche konzentriert sind.

Die öffentliche Hand, insbesondere die lokalen Gebietskörperschaften, konnte mangels Strategien und Mittel den Niedergang des städtischen Umfelds, der heute eine klar definierte Sorge der Regierung darstellt, nicht aufhalten. Dies trifft insbesondere für die besorgniserregende Verschmutzung der Gewässer, die unzureichenden Abwassersysteme und die unkontrollierte Abfallentsorgung zu, die städtische und lokale Maßnahmen erfordern, die auch Umweltaspekte, Umweltplanung und die entsprechende Finanzierung berücksichtigen.

Der Bericht zur Lage der Nation von 2005 hebt die Bedeutung der institutionellen Probleme des MINAE (Umwelt- und Energieministerium) bei der Umsetzung der Maßnahmen zum Erhalt und Schutz der Umwelt hervor. Die starke Aufsplitterung der Zuständigkeiten und fehlende Instrumente schwächen das durch einen engen Finanzrahmen begrenzte Umweltmanagement. Eine Reform der Umweltverwaltung und Koordinierung der Institutionen zur wirksamen Behandlung städtischer Umweltfragen sind unerlässlich, um Umweltaspekte systematisch in die Entwicklungsstrategie integrieren zu können. Die Umsetzung einer neuen Verordnung aus dem Jahre 2004, die das Verfahren zur Umweltfolgenabschätzung festlegt, dürfte hierzu beitragen.

Der Energieverbrauch des Landes hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt, während die Energieerzeugung, die im Wesentlichen aus Wasserkraft stammt, gleich geblieben ist. Dies bedeutet eine stärkere Abhängigkeit von Importen, einschließlich fossiler Brennstoffe (70% des Verbrauchs), deren Kosten zwischen 2003 und 2004 um 39% stiegen. Das Land steht somit vor der dreifachen Herausforderung, seinen Energiekonsum durch Energieeffizienzmaßnahmen zu senken, Energieeinsparungen zu erreichen und seine erneuerbaren Energien zu erweitern (derzeit 10% ohne Energie aus Wasserkraft) und schließlich auch sein auf dem Autoverkehr (jährlich + 6,5%) beruhendes Städte- und Verkehrsmodell anzupassen.

Die Herausforderung des Landes im Umweltbereich besteht darin, seine bewährte Umweltschutzpolitik fortzuführen und Investitionen vorzunehmen, um die Probleme der Umweltverschmutzung und städtischen Raumplanung im Ballungsraum San José zu lösen. Dies setzt insbesondere die Umsetzung von Maßnahmen und Infrastrukturprojekten in Zusammenarbeit mit lokalen, öffentlichen und privaten Akteuren sowie unter Beteiligung der Gemeinden voraus. Wie auch die anderen zentralamerikanischen Länder muss sich Costa Rica dem Klimawandel stellen, der seine wichtigsten wirtschaftlichen Aktivitäten wie Landwirtschaft, Tourismus und Wälder beeinträchtigen könnte.

2.4. Wirtschaft, Investitionen und Handel

Wirtschaftliche Lage

Costa Rica mit 4 Millionen Konsumenten hat die von allen zentralamerikanischen Ländern am weitesten industrialisierte Volkswirtschaft. Die nationale Wirtschaftsstrategie beruht auf einer offenen Wirtschaft und ist um Diversifizierung bemüht. Das durchschnittliche Wachstum der vergangenen zehn Jahre lag bei 4,3%.

Die Regierung steht vor großen wirtschaftlichen Problemen: das chronische Haushaltsdefizit (3,6% des BIP) aufgrund geringer Steuereinnahmen (13,4% des BIP, wozu 2004 4,4% des BIP an Sozialabgaben kamen), die Steuerflucht und eine hohe Staatsverschuldung (57% des BIP im Jahre 2004) sind die größten Hindernisse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Die Inflation von 13,6% im Jahre 2005 könnte die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Landes gefährden.

Die zwei größten Haushaltsposten, Löhne und Schuldendienst, machen 80% der Ausgaben aus. Dies lässt wenig Spielraum für öffentliche Investitionen (Infrastruktur, Wohnung, Gesundheit, usw.), schafft eine gewisse Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) und ist ein makro-ökonomischer Schwachpunkt.

Auch wenn das Steuerdefizit und die Staatsverschuldung nahezu mit den Werten einiger EU-Länder vergleichbar sind, so ist es doch ihre Struktur, welche die Schwäche der Staatsfinanzen Costa Ricas ausmacht. Die Staatsverschuldung steigt stetig und konzentriert sich auf die Zentralregierung, die mit einem Betrag von 2 Milliarden Dollar verschuldet ist. Für die interne Verschuldung wurde bereits 1995 und 1997 Aufschub gewährt, wodurch eine erneute

Verhandlung sehr schwierig wird. Der Schuldenzins belief sich im Jahre 2004 auf nahezu 26% der Ausgaben der Zentralregierung.

Eine kurze Analyse der Ausgaben der Zentralregierung und der Struktur des Haushalts (Anhang 1) macht ihren geringen Handlungsspielraum deutlich.

Die Steuereinnahmen (Quelle: IWF) setzen sich hauptsächlich aus Einkommensteuer (26%), Konsumsteuer (64%) und Gewerbesteuer (7%) zusammen. Dominierend sind die indirekten Steuern, obgleich der Anteil der direkten Einkommenssteuern in den letzten Jahren gestiegen ist. Jedoch ist festzuhalten, dass ihr Anteil im Jahre 2004 nur 25,5% der Gesamteinnahmen ausmachte, im Vergleich zu 12,07% im Jahre 1991.

Neben der Bekämpfung der Steuerflucht könnte auch eine schrittweise Anhebung der bestehenden Besteuerung, insbesondere von Betriebsanlagen (in allen Bereichen), Einkommen von Körperschaften und Kapitalerträgen, die weder in den Personalausgaben noch in den Dienstleistungsverträgen erscheinen, ins Auge gefasst werden. Zudem müssten in Übereinstimmung mit den auf dem Weltforum der OECD entwickelten Standards die Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und Verwaltungszusammenarbeit auf internationaler Ebene gestärkt werden.

Der Internationale Währungsfonds unterstrich wiederholt die Notwendigkeit, die Steuerreformen fortzuführen.

Handelspolitik

Seit Mitte der achtziger Jahre haben Vorläuferregierungen eine nach außen orientierte Politik verfolgt, indem sie ausländische Investitionen sowie die Eröffnung neuer Exportmärkte begünstigten.

Costa Rica unterzeichnete vor kurzem Freihandelsabkommen mit den Ländern Mexiko, Chile, Trinidad und Tobago, der Dominikanischen Republik und Kanada. Das Freihandelsabkommen mit der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) wurde 2005 von der Gesetzgebenden Versammlung verabschiedet. Jedoch gelang es der vorherigen Regierung nicht, eine Ratifizierung des CAFTA-Abkommen durch die Versammlung zu erreichen. Costa Rica hat Handelsabkommen zum gegenseitigen Schutz von Investitionen mit Deutschland, Argentinien, Kanada, Chile, China, Korea, Spanien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Paraguay, der Tschechischen Republik, der Schweiz und Venezuela abgeschlossen. Abkommen mit weiteren achtzehn Staaten werden gerade verhandelt.

Des Weiteren ist Costa Rica ein sehr aktives Mitglied in der Welthandelsorganisation (WTO) und eines der Länder, das immer an den vorbereitenden Sitzungen des Doha-Zyklus teilnimmt. Es hat somit entscheidend zu bestimmten Themen, wie der Handelserleichterung, der differenzierten Behandlung von entwickelten und weniger entwickelten Wirtschaftsländern, dem Wettbewerb und dem Zugang zu Medikamenten beigetragen. Und schließlich nimmt Costa Rica aktiv an den Cairns- und Coloradogruppen der WTO teil und gehört zu den 34 Ländern, die an den Gesprächen zur Schaffung einer Freihandelszone für Amerika (ALCA) teilnehmen.

Die ausländischen Direktinvestitionen beliefen sich im Jahre 2004 auf 617,3 Millionen Dollar. Davon machten die europäischen Investitionen 9,7% aus (vergleichbar mit denen Kanadas) und liegen damit weit hinter den Vereinigten Staaten (72,3%). Allgemein ist eine Tendenz zum Anstieg der ADI zu beobachten, die im Jahre 2003 3,5 mal so hoch waren wie noch 1991.

Außenhandel (Anhang 2)

Es ist wichtig festzuhalten, dass über 50% der costaricanischen Exporte aus den Freihandelszonen kommen. Das Land hat sich auf die Frist Ende 2009, wo nach den Regeln der WTO die Anreize für Exporte aus den Freihandelszonen aufgehoben werden, vorbereitet.

Die Exporte Costa Ricas in den europäischen Markt machen 60% der Exporte der Region aus, und das Land zieht nach Panama die zweithöchsten europäischen Direktinvestitionen an. Die landwirtschaftliche Erzeugung (insbesondere Bananen und Kaffee) hat einen immer geringeren Anteil an der Volkswirtschaft, spielt jedoch weiterhin eine maßgebliche Rolle bei den Exporten.

Die Europäische Union war im Jahre 2005 mit 16,3% hinter Zentralamerika (17%) und den Vereinigten Staaten (42,7%) drittgrößtes Ziel der costaricanischen Exporte. Bei den Importen nimmt sie Platz vier ein (13,1%), hinter den Vereinigten Staaten (41,3%), Asien (15,7%) und Südamerika (14,3%). Zentralamerika liegt auf Platz fünf (5,6%). Die Exporte Costa Ricas werden durch die Initiative der Vereinigten Staaten für das Karibikbecken (ICC), das Allgemeine Zollpräferenzsystem (APS) der EU und andere Initiativen der Industrieländer begünstigt.

Produktivsektoren

Das Gewicht der einzelnen Wirtschaftssektoren verteilte sich im Jahre 2004 wie folgt: Landwirtschaft und Bergbau: 8,4%; Industrie und Baugewerbe: 25,3%; Dienstleistungen: 66,3%. Die Wirtschaft des Landes hat sich in den vergangenen fünfzehn Jahren grundlegend gewandelt. Der Anteil der Agrarerzeugnisse an der Volkswirtschaft ist zwischen 1991 und 2004 von 13,2 auf 8,3% zurückgegangen, und während 1990 noch 25% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig waren, sind es heute nur noch 13,9%. Begünstigt durch die Aktivitäten der Freihandelszonen ist das herstellende Gewerbe zwischen 1994 und 2004 durchschnittlich um 5,7% gewachsen und weist damit ein im Landesvergleich (4,8%) überdurchschnittliches Wachstum auf. Der Tourismus war in den vergangenen Jahren eine der wichtigsten Branchen und machte 2003 19,6% des BIP aus. Die mit dem Tourismus erzielten Deviseneinnahmen beliefen sich im Jahre 2004 auf 1.357 Millionen Dollar.

Die Errichtung von drei Betrieben des transnationalen Elektronikchipexporteurs INTEL mit einem Investitionsvolumen von über 600 Millionen Dollar hatte enorme Auswirkungen auf die makro-ökonomischen Daten des Landes. INTEL, das von den Vorteilen der Freihandelszonen profitiert, trägt mit nahezu 50% zur Wachstumsquote bei. So wichtig der Beitrag des Unternehmens in der Wirtschaft auch sein mag (Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze und eines internationalen Handelspools, der ADI anzieht), real gesehen ist er sehr viel geringer.

Diese Entwicklungen haben sehr starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, wo eine stärkere Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften zu spüren ist. Der Rückgang von Branchen wie der Landwirtschaft hat nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch einen Anstieg des informellen Sektors zur Folge. Die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze ist noch nicht ausreichend, um eine spürbare Wirkung auf dem Arbeitsmarkt zu zeigen.

Die exzessive staatliche Kontrolle über grundlegende Bereiche wie Energie, Telekommunikation, Versicherungen, Häfen, Flughäfen oder Wasserversorgung schränkt die wirtschaftliche Leistung und die Entwicklungsmöglichkeiten ein. Die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Zentralamerika, den Vereinigten Staaten und der Dominikanischen Republik (DR-CAFTA) zieht für die staatlichen Monopolbereiche, Versicherungen und bestimmte Telekommunikationsbereiche die Verpflichtung nach sich, sich dem Wettbewerb zu öffnen. Jüngste Studien beziffern die daraus folgenden staatlichen Einnahmeverluste auf durchschnittlich 0,23% des BIP pro Jahr.

2.5. Regionale Integration

Costa Rica steht der politischen Integration in Zentralamerika aus historischen Gründen, wegen der Unruhen, welche die Region erschüttert haben, und weil es zuvor eine Reform der regionalen Institutionen wünscht, noch zögerlich gegenüber. Es ist Mitglied im SICA und bringt sich stärker im SIECA ein, ist aber weder Mitglied des PARLACEN noch des Zentralamerikanischen Gerichtshofs, da es die Effizienz dieser Institutionen in Frage stellt.

Angesichts dieser sowohl sozialen als auch politischen und wirtschaftlichen Sonderstellung in der Region (Anhang 4) und obgleich das Land seit 2002 in den regionalen wirtschaftlichen Integrationsprozess eingebunden ist, schreitet es auf diesem Weg langsamer voran als insbesondere seine Nachbarländer El Salvador, Guatemala und Honduras.

Im Gegensatz zu El Salvador und Guatemala haben die costaricanischen Behörden bisher keine Maßnahmen zur erweiterten Personenfreizügigkeit verabschiedet. Grund dafür ist die starke Einwanderung aus Nicaragua. Seit seinem Engagement im Jahre 2002 nimmt Costa Rica jedoch aktiv am Verhandlungsprozess zur Bildung einer Zollunion teil.

Präsident Arias zeigte sein Engagement für die zentralamerikanische Integration und die Annäherung an Nicaragua und Panama, Länder, mit denen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufgenommen wurden. Er kündigte an, er habe die Absicht, das CAUCA (Gemeinsamer Zolltarif) wie von den Regierungschefs der Region im März 2006 in Panama beschlossen, vor Ende des Jahres 2006 der Gesetzgebenden Versammlung zur Ratifizierung vorzulegen.

Im Bewusstsein der Notwendigkeit zur Harmonisierung der Normen im Zollbereich und der technischen, sanitären und phytosanitären Vorschriften sowie der Bestimmungen im Bereich Vermögensrecht, Dienstleistungen und Investitionen, konzentriert das Land sein Engagement für die regionale zentralamerikanische Integration auf die Vereinbarung von Regeln, die seinen bisher gültigen entweder gleichwertig oder besser als diese sind.

Die Unternehmensleiter stehen dem Prozess, der bessere Handelschancen mit der Region und einen Abbau von Regelungen, bürokratischen Hürden und Fristen verspricht, positiv gegenüber. Der soziale Bereich spricht sich zwar für den Prozess aus, mahnt jedoch an, die sozialen Auswirkungen zu bedenken, die eine beschleunigte Zuwanderung, insbesondere aus Nicaragua nach Costa Rica, nach sich ziehen würde.

Die größten Herausforderungen für Costa Rica

Das politische System, das vor 2006 in Costa Rica herrschte, stieß an seine Grenzen, was in der Blockade wichtiger Reformen und der Unzufriedenheit der Bürger zutage trat. Die neue im Jahre 2006 gewählte Regierung muss die Reform eines in Verruf geratenen politischen Systems einleiten und gleichzeitig das demokratische costaricanische Model bewahren.

Präsident Arias wird große Entschlossenheit benötigen, um den für die Verabschiedung der notwendigen oder die Vollendung der bereits eingeleiteten Reformen erforderlichen nationalen Konsens zu erreichen. Angesichts der Tatsache, dass die PLN-Fraktion (25 Abgeordnete) nicht über eine absolute Mehrheit von 29 Parlamentsabgeordneten verfügt und schon gar nicht über die für die größeren Reformen notwendige qualifizierte Mehrheit von 38 Stimmen (insbesondere Steuerreform, für die Annahme des CAFTA sind 38 Stimmen erforderlich), muss er es schaffen, Allianzen mit anderen Parteien wie dem PAC zu bilden, der einen Wahlkampf gegen den CAFTA geführt hat, oder dem ML, der gegen die Steuerreform ist. Beide Projekte sind aber für die Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung. Die anderen Reformen betreffen die

Verbesserung des Verwaltungssystems und die Erleichterung von Verfahrens- und Kontrollvorschriften, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit einer außenhandelsorientierten Wirtschaft durch Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte und Diversifizierung, die unter anderem durch Investitionen in Bildung sowie wissenschaftliche und technologische Forschung und Entwicklung erreicht werden können, Öffnung von Wirtschaftszweigen wie Versicherungen und Telekommunikation für den Wettbewerb, Stärkung eines geschwächten Sozialmodells durch Konzentration auf die Qualität staatlicher Sozialeinrichtungen, Investitionen in Verkehr, Umwelt (Abfallmanagement, Sanierung) und Wohnungsbau, Sozialprojekte und den Kampf gegen die wachsende Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung der schwächsten Bevölkerungsgruppen, insbesondere Integration der Einwanderer aus Nicaragua. Im zentralamerikanischen regionalen Integrationsprozess nimmt Costa Rica eine zentrale Stellung ein, daher muss das Land versuchen, in diesem Prozess als treibende Kraft zu wirken.

3. COSTA RICAS NATIONALER PLAN

Der vorausgegangene Präsident Pacheco hatte sich die Armutsbekämpfung durch Konzentration auf die Verbesserung der Ausbildung und der menschlichen Leistungsfähigkeit, der Wohnungssituation, des Produktions- und Beschäftigungswachstums, des Justizwesens, der Bürgerbeteiligung und des Umweltschutzes zum Schwerpunkt gesetzt.

Der nationale Plan hatte folglich zum Ziel, ein anerkanntes Sozialmodell zu bewahren, das in der Region seinesgleichen sucht, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und den Handel zu öffnen, jedoch haben die demokratischen Institutionen des Landes die Regierung bei der Umsetzung dieser Ziele nicht unterstützt.

Die Vorgängerregierung hatte vor allem die bessere Nutzung der Ressourcen des Landes und die Durchführung einer Steuerreform, deren Notwendigkeit zum Abbau des staatlichen Haushaltsdefizits, zur Verbesserung der sozialen Indikatoren und zur Unterstützung der Produktionsbereiche als erforderlich angesehen wurde, im Blickfeld; diese Reform ist jedoch gescheitert. Das von der Vorgängerregierung am Ende ihrer Amtszeit in erster Lesung verabschiedete Projekt wurde für verfassungswidrig erklärt. Es obliegt nun der neuen Regierung von Oscar Arias, ein neues Projekt zur Anhebung der Staatsfinanzen, insbesondere für eine bessere Finanzierung von Investitionen in Infrastruktur und Bildung, sowie zur Reduzierung der Armut - Kernpunkte seines Programms - vorzulegen.

Auf der Tagesordnung der Regierung Arias stehen ferner die Dezentralisierung der Zuständigkeiten, die Stärkung der weltweiten Handelsbeziehungen, sowohl zu den großen Wirtschaftsblöcken, dabei insbesondere der Beitritt zum CAFTA und die Verhandlung eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union, als auch in der zentralamerikanischen Region sowie der Abschluss der Doha-Runde. Die regionale Integration wird dabei einerseits als grundlegender und notwendiger Schritt in diese Richtung und zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes gesehen, andererseits wird sie jedoch auch als eine potentielle Gefahr für das costaricanische Modell wahrgenommen, was sich in den Entscheidungsblockaden widerspiegelt.

Das Programm von Präsident Arias

| | |
|---------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Sozialpolitik | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Verringerung der Armut um 4% ➤ Zuweisung von 8% des BIP für den Bereich Bildung ➤ Allgemeiner Zugang zum Sekundarschulbereich ➤ Stärkung der Sozialversicherungskasse (CCSS) ➤ Besserer Zugang zur Sozialversorgung ➤ Verbreiterung der Mittelschicht |
|---------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

| | |
|--------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Hilfen für Minderjährige unter 17 Jahren ➤ Einrichtung eines Drogenentzugszentrums für Minderjährige |
| Wirtschaftspolitik | <ul style="list-style-type: none"> ➤ 6% Wirtschaftswachstum ➤ Ratifizierung des CAFTA ➤ Aushandlung eines Freihandelsabkommens mit der EU ➤ Erhöhung der Steuerabgaben ➤ Kapitalbildung der Zentralbank zur Senkung der Inflation ➤ 1 Milliarde Dollar Investitionen in die Infrastruktur ➤ Schaffung eines nationalen Systems für technologische Innovation und berufliche Bildung |
| Außenpolitik | <ul style="list-style-type: none"> ➤ koordinierte Zusammenarbeit zwischen dem COMEX und dem Außenministerium ➤ Reform des auswärtigen Dienstes ➤ Unterstützung des Konsens von Costa Rica ➤ zentralamerikanische regionale Integration |
| Umwelt | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Abfallmanagementplan ➤ Stromerzeugung zu 100% aus erneuerbaren Energien ➤ Reform des Wassergesetzes ➤ Finanzielle Selbständigkeit der Schutzgebiete |
| Justizreformen | <ul style="list-style-type: none"> ➤ Verordnung zur Organisation der Exekutive ➤ Gesetz betreffend die staatliche Verwaltung ➤ nationales Planungssystem ➤ Digitale Verwaltung ➤ der Präsidentschaft unterstehender Ethikausschuss ➤ Öffnung von Monopolbereichen ➤ Gesetz betreffend die Vergabe von Bauaufträgen der öffentlichen Hand |

4. BILANZ DER ZUSAMMENARBEIT: Koordinierung und Kohärenz

4.1. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission: Erfahrungen aus dem Programmzeitraum 2002-2006

Wie auch andere internationale Geldgeber hat die Kommission ihre Zusammenarbeit mit dem Land schrittweise zurückgefahren. Es profitiert jedoch weiterhin von einigen Instrumenten der regionalen Zusammenarbeit mit Lateinamerika, von thematischen Haushaltslinien und der bilateralen Unterstützung im Rahmen des aktuellen Planungsprozesses.

Costa Rica nimmt sehr aktiv an den regionalen Programmen des Bildungsbereichs (ALFA, ALBAN), des Technologietransfers (INCO, @LIS, AL-INVEST) und der lokalen Entwicklung (URBAL) teil. So haben beispielsweise 10 Hochschulinstitute an 35 der 208 aus ALFA II finanzierten Projekte (17%) teilgenommen, was einer EU-Finanzierung in Höhe von 8,2 Millionen Euro entspricht. Die costaricanischen Partner nahmen an 3 der 10 @LIS-Projekte teil, die lokalen Gebietskörperschaften an 15 der 154 URBAL-Projekte, wobei ein starker thematischer Schwerpunkt auf der Beteiligung von Frauen lag. Zudem gehört der „Corte Suprema de Justicia de Costa Rica“ dem Konsortium an, das mit der Umsetzung des Regionalprogramms EuroSociAL im Justizbereich beauftragt ist.

Die Finanzierung von Projekten aus thematischen Haushaltslinien umfasst in erster Linie die Bereiche Menschenrechte, mit einem Subventionsumfang von zirka 3 Millionen Euro über den Zeitraum von 2002-2005, der den aktiven Institutionen in Costa Rica zugute kam (Strafvollzugsreform, Rechte des Kindes, Rechtsstaat und Staatsbürgerschaft, usw.), und Umwelt (Subvention von 800.000 Euro für die Internationale Union zum Schutz der Natur - UICN - zur Verwaltung der Schutzgebiete) (siehe Liste in Anhang 8). In beiden Fällen sind die Projekte insbesondere durch das Interesse am Erhalt der Artenvielfalt des Landes sowie seiner besonderen Stellung aufgrund der Beherbergung des Sitzes einer Reihe internationaler und regionaler Menschenrechtsinstitutionen begründet.

Der im vorausgegangenen bilateralen Strategiepapier für Costa Rica für 2000-2006 bereitgestellte finanzielle Richtbetrag von 31,5 Mio. EUR wurde entsprechend den Herausforderungen des Landes in diesem Zeitraum noch für drei zusätzliche Bereiche verwendet:

- für die Reform der Institutionen, einschließlich der Modernisierung und Dezentralisierung, um der Regierung dabei zu helfen, einen geeigneten Rahmen für die Übertragung zusätzlicher Kompetenzen auf die lokalen Gebietskörperschaften festzulegen;
- für Strukturverbesserungen im Hochbecken Valle Central, wo die Mehrheit der Bevölkerung und der Wirtschaftsunternehmen des Landes konzentriert ist, einschließlich der Durchführung sektorieller Untersuchungen, der Stärkung der Koordinierung zwischen den Planungsbehörden und der Modernisierung der menschlichen Ressourcen;
- für die Entwicklung der menschlichen Ressourcen und die Stärkung der Beziehungen zwischen Industrie und Wissenschaftsgemeinschaft zur Förderung neuer Technologien, um die Diversifizierung der Wirtschaft, die Beschäftigung und die Umweltvorteile des Landes zu unterstützen.

Die Projekte der Strategie für den Zeitraum 2002-2006 bezogen sich auf Herausforderungen, die auch heute noch aktuell sind. Sie sind noch nicht abgeschlossen, da die Strategie nicht fristgerecht umgesetzt werden konnte.

Ferner wurden 5% der Strategiemittel für Schwerpunktaufgaben wie die Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinderprostitution, die Verbesserung des Zugangs von Randgruppen zur Grundversorgung (Gesundheit und Bildung) sowie für Projekte zur regionalen Integration verwendet. Dies wirkte sich insbesondere auf die Finanzierung thematischer Haushaltslinien und die zentralamerikanische Zusammenarbeit aus.

In der Praxis zeigte Costa Ricas gewisse Anpassungsschwierigkeiten bei der Aufgabe, seine Verwaltungskultur rasch an die neuen Regeln der Kommission anzupassen, wonach die Verwaltung einer vom Land benannten Einrichtung übertragen werden muss und Durchführungsfristen zu beachten sind. Die allgemeinen Projektschwierigkeiten waren auf mehrere Faktoren zurückzuführen: das Fehlen einer dynamischen Verwaltungseinheit, den Mangel am notwendigen politischen Willen, verwaltungsbedingte und technische Hindernisse aus dem Weg zu räumen, der Frage des finanziellen Eigenbeitrags, dem Fehlen eines „modus operandi“ zwischen Verwaltung und Contraloría (Finanzkontrolle), der klare Regeln zur Haushaltsdurchführung aufstellt. Aufgrund dieser Situation ist die Durchführung der Projekte in Verzug und könnte somit auch ihren Abschluss gefährden.

Es werden zwei einander ergänzende Aktivitäten durchgeführt: Modernisierung und Dezentralisierung des Staates (FOMUDE) und städtische Raumplanung (PRUGAM). Das Programm zur wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit CENIBiot im Bereich der Biotechnologien wurde Ende 2005 gestartet.

Der zeitliche Verzug der Programme FOMUDE und PRUGAM liegt insbesondere an der Vielzahl der institutionellen Akteure, der großen Zahl der betroffenen Gemeinden (31 im PRUGAM und 81 im FOMUDE) und der komplexen Einvernehmensfindung zwischen allen Parteien, die die Zustimmung der Controlaría der Republik finden muss. Hinzu kommen Wechsel der Entscheidungsträger, mangelnde Erfahrung der Verwaltung mit der Dezentralisierung, fehlende lokale Finanzmittel, insbesondere zur Erbringung des Eigenbeitrags. Nach den aufgrund der Komplexität des Prozesses aufgetretenen Schwierigkeiten ist das Projekt von großem Interesse, da es eine der wichtigsten Schwerpunktaufgaben des Landes aufzeigt, die darin besteht, der Dezentralisierung neuen Schwung zu geben und die städtische Infrastruktur zu planen. Die Umwelt ist eine wesentliche Zielvorgabe beider Projekte, insbesondere durch Umweltinvestitionen und Unterstützung der Fähigkeiten der Gebietskörperschaften auf diesem Gebiet. Schlussendlich sollen die Projekte zur Modernisierung der Institutionen des Landes beitragen und Fortschritte beim institutionellen Konsens und dem Dialog mit der Zivilgesellschaft fördern.

Das Projekt CENIBiot unterstützt die Modernisierung der industriellen Landwirtschaft und verbundener Bereiche durch Einführung neuer Technologien. Gleichzeitig trägt es zur Schaffung qualitativer Arbeitsplätze und zur Begrenzung der Umweltverschmutzung bei.

Die neue Planungsstrategie, die nicht eher begonnen werden sollte (laut voraussichtlichem Zeitplan), bevor diese Programme konkrete Ergebnisse gezeitigt haben, wird den gewonnenen Erfahrungen und den von den nationalen Verwaltungseinheiten erzielten Fortschritten Rechnung tragen und versuchen, diese Erfahrung langfristig zu sichern. Der Übergang sollte durch die Wahl neuer Schwerpunktbereiche (Teil 5) erleichtert werden, die an die Strategie 2002-2006 anknüpfen.

Programmverlauf 2002-2006: siehe Details in Anhang 9

4.2. Die Programme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und sonstiger Geber

Die Zusammenarbeit in Form nichtrückzahlbarer Hilfen wurde in den 90-er Jahren schrittweise zurückgefahren und hat sich angesichts des Entwicklungsstands des Landes seit dem Jahr 2000 auf einem Betrag von unter 90 Millionen Dollar pro Jahr eingependelt. Hauptgeber sind die EU, darunter insbesondere Deutschland, Spanien, Frankreich und die Niederlande, Japan, Kanada und Taiwan.

Von den Mitgliedstaaten besonders begünstigte Bereiche sind - in Übereinstimmung mit der Strategie der Kommission - die Umwelt sowie die Unterstützung der Dezentralisierung und der Gemeinden. Die Mehrheit der aktuellen Mitgliedstaaten unternimmt große Anstrengungen zur Förderung des kulturellen Austauschs, unter anderem auch über Studienstipendien für Europa. Die Europäische Investitionsbank hat im Mai 2003 ein Abkommen mit Costa Rica unterzeichnet, das noch ratifiziert werden muss. Daher wurden die Projekte, für die zwei große Kredite über 100 Millionen Euro beschlossen wurden, nämlich der Bau der Strecke San José-San Ramón und der Bau einer elektrischen Untergrundbahn in San José, bisher noch nicht begonnen.

Die Unterstützung durch multilaterale Banken in Form von Darlehen ist angesichts der von Gebern bewilligten Unterstützung von durchschnittlich 300 bis 400 Millionen Dollar pro Jahr, mit starken Schwankungen von einem Jahr zum anderen, maßgebend. So lag die Höhe der finanziellen Zusammenarbeit 2002 beispielsweise bei 189,35 und im Folgejahr bei 576,4 Millionen (siehe Anhang 7). Dabei ist auch die Bedeutung von Entwicklungsbanken wie der IADB, der BCIE, der Weltbank, der japanischen Entwicklungsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau hervorzuheben. Die BCIE ist seit fünf Jahren am aktivsten, über die letzten

zwanzig Jahre hinweg war jedoch die IADB die wichtigste Quelle für finanzielle Zusammenarbeit.

Die IADB war eine kontinuierliche Finanzierungsquelle für Regierung und Privatunternehmen. BCIE und Weltbank sind große Verpflichtungen eingegangen.

Der Puebla-Panama-Plan (PPP) sieht mehrere Infrastrukturprojekte vor. Zudem sind nach Ratifizierung des CAFTA-Abkommens Programme zur Kreditvergabe und zur finanziellen Zusammenarbeit im Bereich Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Umwelt vorgesehen.

Die wichtigsten Schwerpunktbereiche sind der Energie- und Telekommunikationssektor, die im Jahre 2002 124,2 Millionen (65,59%) und in 2003 215,6 Millionen Dollar (37,4%) aufgenommen haben. Auf den folgenden Plätzen ist eine breite Streuung auf Branchen wie Wirtschaft und Finanzen, Außenhandel und eine Vielzahl von Projekten aus den Bereichen Umwelt, öffentliche Bauarbeiten, Verkehr, Wohnraum und Städteentwicklung, Gesundheit, lokale Entwicklung sowie Wissenschaft und Technologie festzustellen.

Es gibt keine Koordinierungsstelle oder runden Tisch der Geber, darüber hinaus haben weder die Regierung noch die Geber konkrete Initiativen in diese Richtung ergriffen.

Die Zusammenarbeit der Kommission und der Mitgliedstaaten wird eng koordiniert. Dies gilt insbesondere für Projekte zur Dezentralisierung und Stärkung der Gemeinden, die Gegenstand monatlicher Treffen sind (PRUGAM und FOMUDE).

Es wäre für die Zukunft wünschenswert, branchenspezifische Koordinierungstreffen unter Beteiligung aller Geber zu organisieren, um von der Phase der Strategiefestlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen einen Ideenaustausch insbesondere mit den Mitgliedstaaten der EU zu pflegen.

Im vorliegenden Strategiepapier wird insbesondere eine Koordinierung des Arbeitspapiers für den Zeitraum 2007-2013 mit den in den verschiedenen Bereichen vertretenen Mitgliedstaaten der EU und die mittelfristige Einrichtung einer strategischen Koordinierung angestrebt.

4.3. Kohärenz mit den Maßnahmen und Instrumenten der Union (Anhang 11)

Die Analyse der Ziele der Zusammenarbeit mit Costa Rica sowie der Maßnahmen und Instrumente der EU, insbesondere im Bereich Handel, Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, Forschung und Informationsgesellschaft, weist eine allgemeine Kohärenz auf. Außerdem besteht große Komplementarität und Synergie zwischen den einzelnen Maßnahmen und der derzeitigen Strategie, dies gilt auch für die Einbeziehung von Querschnittsbereichen wie Menschenrechte, Frauenemanzipation und Umwelt. Ferner führte die Kommission kürzlich ein Instrument zur Bewertung der Auswirkungen ein, das auf die meisten ihrer Vorschläge angewandt werden kann und durch Einbeziehung der zuständigen Stellen zu einer besseren Kohärenz der Maßnahmen in Ausarbeitung beiträgt.

Die Behörden wie auch die Zivilgesellschaft brachten bei den Anhörungen ihre Besorgnis über das Handelspräferenzsystem des APS zum Ausdruck, das trotz der jüngsten Verbesserungen nicht ausreichend sei, um langfristige Investitionsentscheidungen zu beeinflussen, und äußerten sich ebenso besorgt über die Gemeinsame Agrarpolitik, insbesondere im Bananensektor. Es wurde auch die fehlende Koordinierung von Projekten, die aus bestimmten thematischen und geografischen Haushaltslinien finanziert werden, angesprochen.

5. STRATEGIE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

5.1. Ziele und Bestimmungen

Das vorliegende Strategiepapier wurde auf der Grundlage eines Anhörungsprozesses unter Beteiligung der Behörden Costa Ricas und der Zivilgesellschaft (akademische Gemeinschaft, Handelskammern, Verwaltungen, Geldgeber) erarbeitet, die im Mai 2005 im Rahmen zweier Workshops zum Thema sozialer Zusammenhalt und regionale Integration sowie Wiederaufnahme der Schwerpunktthemen des Nationalplans (Steuerreform, Dezentralisierung, städtisches Umfeld, Außenhandel, gemeinsames Zollsystem, Assoziierungsabkommen mit der EU) stattfand. In der Anhörung wurden die in Kapitel 2 aufgeführten Probleme und Herausforderungen bestätigt (Einzelheiten siehe in Anhang 13).

Die Europäische Kommission legt in dieser Strategie der Zusammenarbeit ihren Schwerpunkt auf mehrere zentrale Kriterien:

- Definition von Schwerpunktthemen in den zwei großen Schwerpunktbereichen, die in der Erklärung von Guadalajara festgelegt und vom Gipfel in Wien bestätigt wurden, nämlich sozialer Zusammenhalt und regionale Integration, und deren Anpassung an die Herausforderungen des Landes.
- Konzentration der Kooperationsbemühungen auf die Themen, die von der Regierung als nationale Schwerpunktthemen definiert wurden.
- Berücksichtigung der folgenden Aufgaben in allen Programmen, falls relevant: Förderung von Menschenrechten, Gleichberechtigung der Geschlechter, Demokratie und guter Regierungsführung, Förderung der Rechte von Kindern und indigenen Bevölkerungsgruppen und der Umwelt, Bekämpfung von HIV/AIDS.
- Festlegung der Strategie der Zusammenarbeit und der Durchführungsbedingungen, einschließlich des Zeitplans auf der Grundlage der im Zeitraum 2002-2006 erzielten Ergebnisse und der nationalen Eigenbeiträge.
- Begleitung der Hilfe der Gemeinschaft durch einen vertieften politischen Dialog, auch auf Branchenebene, mit eventuellem europäischen Erfahrungstransfer und Stärkung der staatlichen Maßnahmen.
- Förderung eines stetigen Dialogs zwischen den nationalen Akteuren (Zentralregierung, Gemeinden, politische Parteien und Zivilgesellschaft) mit dem Ziel einer wirklichen Teilhabe und einer angemessenen Übernahme der Programme durch das Land mit Blick auf die Entwicklung und Umsetzung der künftigen Zusammenarbeit.
- Stärkere Koordinierung mit der regionalen Strategie, die den Schwerpunkt auf die Unterstützung der zentralamerikanischen Integration legt (Anhang 12), sowie mit den gegenwärtigen und künftigen regionalen Programmen (RSP 2007-2013 für Lateinamerika).
- Besondere Beachtung der Koordinierung mit anderen Gebern in allen Phasen der Umsetzung der Zusammenarbeit, einschließlich multilateraler Geberfonds wie der IADB und der Weltbank. Wahl von Bereichen und Interventionsbedingungen, die komplementär zu denen anderer Geldgeber sind, die dem Land begrenzte Hilfen gewähren, und sich auf die unter Punkt 4.2. erwähnten Bereiche konzentrieren.

Diese Strategie wird einer Halbzeitprüfung unterzogen (2009-2010). Abhängig von der Entwicklung der Situation und der größten Herausforderungen des Landes, einschließlich der wichtigsten sozio-ökonomischen Indikatoren und der Kooperationsfortschritte, wird abgewogen, ob eine Anpassung der vorliegenden Strategie und der für die Kooperation bereitgestellten Mittelzuweisung vorgenommen werden sollte.

5.2. Begründung der Wahl der Schwerpunktthemen

5.2.1. Sozialer Zusammenhalt

Die Analyse der Herausforderungen für Costa Rica hat gezeigt, dass der Schwerpunkt auf dem Erhalt seines Sozialmodells liegen sollte, das es ihm ermöglicht hat, eine bevorzugte Stellung in der Region einzunehmen, wie die Sozialindikatoren zeigen. Diese Stellung wird durch begrenzte Ressourcen und eine Entwicklung geschwächt, welche die Ungleichheit und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen, insbesondere in den Randgebieten des Landes, weiter verschärft.

Unter diesen Umständen besteht das allgemeine Zusammenarbeitsziel der Kommission darin, den Kampf gegen die Armut zu unterstützen und zum Abbau der sozialen und territorialen Ungleichheit und Ausgrenzung im Land beizutragen. Somit zielt die strategische Antwort darauf ab, den Zugang der Bevölkerung zu qualitativen sozialen Einrichtungen zu erleichtern, um das starke soziale und geografische Gefälle zu verringern.

Besondere Unterstützung erhalten die Bemühungen des Landes zur Verbesserung der sozialen Einrichtungen im Gesundheits-, Bildungs-, Beschäftigungs- und Umweltbereich in den am meisten betroffenen Gebieten und zugunsten der schwächsten Bevölkerungsgruppen. Erhöhte Aufmerksamkeit wird dem Dialog und der Einbeziehung der betroffenen Bevölkerungsgruppen zuteil.

Mit dieser Strategie können die Bemühungen des Landes zur Bewältigung eines seiner größten Probleme für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere mit Blick auf die Integration von Einwanderern, unterstützt werden. Dies trägt auch zur regionalen Integration bei. Sie trägt dem Steuerreformprozess, wie auch der Modernisierung des Steuersystems, und der Dezentralisierung, sofern diese von der künftigen Regierung bestätigt werden, Rechnung.

Die Zustimmung zu einer auf einem progressiven System beruhenden Steuerreform und eine gerechte soziale und territoriale Umverteilung sind zu einem zentralen Bestandteil des sozialpolitischen Modernisierungsprozesses geworden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die effektive Übertragung von Ressourcen auf lokale Einheiten im Rahmen der Dezentralisierung der sozialen Kompetenzen, mit dem Ziel, diese Mittel effizienter einzusetzen.

Die EU bringt im Bereich Sozialmaßnahmen, Bekämpfung von Ungleichheit und Ausgrenzung einen Mehrwert und kann sich auf die Erfahrungen und das Sozialmodell ihrer Mitgliedstaaten stützen. Entsprechend den Empfehlungen der Gipfel von Guadalajara und Wien werden die Maßnahmen der Zusammenarbeit in dieser Hinsicht von einem politischen Dialog begleitet und sollen sich auf den Austausch guter Praktiken und die im Rahmen des Lissabonprozesses gewonnenen Erfahrungen sowie die Methode der offenen Koordinierung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung stützen.

5.2.2. Regionale Integration

Die Kommission misst dem regionalen zentralamerikanischen Integrationsprozess besondere Bedeutung bei und unterstützt die Aktivitäten Costa Ricas, die zu dieser Integration beitragen. Die auf bilateraler Ebene vorgesehenen Tätigkeiten werden auf die regionale Strategie abgestimmt und sollen sie ergänzen. Sie zielen insbesondere darauf ab, Costa Rica bei der Entwicklung von Maßnahmen zu unterstützen, die mit der Region konvergent sind, und seine Wettbewerbsfähigkeit im Handel auszubauen.

Die Geschichte zeigt, dass sich regionale Integration positiv auf die politische Stabilität und Sicherheit, auf die Stimulierung von Wirtschaftswachstum, Handel und Investitionen, insbesondere im sozialen Bereich, auswirkt und somit die Schaffung von Reichtum begünstigt, durch den die Armut verringert werden kann, sofern diese Entwicklung in einem kohärenten politischen Rahmen stattfindet.

Die Kommission kann dabei auf ihre Erfahrung im Bereich Integration und ihre Zusammenarbeitstätigkeit, insbesondere die seit vielen Jahren im Rahmen der für die Entwicklung des Integrationsprozesses in Zentralamerika geleistete Unterstützung zurückgreifen. Dabei geht es unter anderem darum,

- den Voraussetzungen Costa Ricas für die Teilnahme an der zentralamerikanischen Zollunion besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Hierdurch kann das Land seine administrativen Fähigkeiten weiterentwickeln und den Handel erleichtern, insbesondere durch Umsetzung einschlägiger internationaler Normen;
- durch einen Beitrag zur Stärkung staatlicher Außenhandelsinstitutionen (beispielsweise im Bereich Finanzen, Zoll, Landwirtschaft, Gesundheits- und Pflanzenschutz, Wirtschaft, Gesetzgebung, Gesundheit, Gesundheitsbestimmungen und Koordinierung der Verhandlungen mit den zentralamerikanischen Gesprächspartnern) die Integrationstiefe in der Region zu verbessern und auch Themen wie industrielles und geistiges Eigentum, Wettbewerbspolitik, technische Normen und Regeln sowie Harmonisierung der Gesetzgebung anzusprechen;
- eine Unterstützung Costa Ricas im Rahmen der Vorbereitungen auf ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu erwägen, damit das Land die für die Verhandlung notwendigen Voraussetzungen erfüllen kann.

5.3. Ausarbeitung der Programme nach Schwerpunktthemen

Angesichts der begrenzten Finanzmittel, die für die beiden Schwerpunktbereiche bereitgestellt wurden, stellt der Projektansatz auf die Effizienzsteigerung der für die Schulung der Verwaltungstätigkeiten und der betroffenen Akteure bestimmten Maßnahmen ab. Es geht darum, eine Unterstützung von Maßnahmen und Aktionen auf den Weg zu bringen, die einerseits den Abbau der Ungleichheit, die Bekämpfung der Armut und Ausgrenzung und andererseits eine Beteiligung am regionalen Integrationsprozess zum Ziel haben. Die betroffenen Akteure der Zivilgesellschaft werden systematisch in diesen Prozess einbezogen.

6. NATIONALES RICHTPROGRAMM (NIP) 2007-2013

Die voraussichtliche Höhe der Hilfen für den Zeitraum beträgt 34 Millionen EUR.

6.1. Bedingungen

Ansichts der verzögerten Durchführung der gegenwärtigen Zusammenarbeit mit Costa Rica wird besonderes Augenmerk auf folgende Punkte gelegt:

- Vorrang hat die Begleitung der Reformen im Land,
- offizielle Zustimmung der betroffenen Behörden zu den vorgeschlagenen Programmen,
- Aktionen, die Bewusstsein schaffen für die Prioritäten der Strategie, insbesondere den sozialen Zusammenhalt und die regionale Integration,
- Weiterverfolgung der Umsetzung des aktuellen Programms (2002-2006) zur periodischen Auswertung der Fortschritte. Dasselbe gilt für die neue Strategieplanung. Es wird ein Jahresbericht erstellt, um die Fortschritte bei der Umsetzung der gesamten Zusammenarbeit, einschließlich der erreichten Ergebnisindikatoren, auszuwerten.

Die Aufnahme der neuen Programme in die endgültige Planung erfolgt auf der Grundlage dieser Fortschritte und der verfügbaren Ressourcen des nationalen Ansprechpartners, die im Budget der festgelegten Partner festgeschrieben wurden.

- Schulungsmaßnahmen, um die Begünstigten (Verwaltungseinheiten und alle Institutionen, die mit der Umsetzung der Projekte befasst sein könnten) mit den Verfahren der Kommission vertraut zu machen.

Bei Überprüfung der Strategie durch die Kommission zur Halbzeit kann durch Bewertung der Ergebnisse der Zusammenarbeit mit Costa Rica entschieden werden, ob die Strategie der Kommission noch geändert werden muss.

Umsetzung und Finanzausstattung dieser Strategie hängen vom Ergebnis der Untersuchungen und der Projektermittlungsarbeit der Europäischen Kommission ab.

6.2. Maßnahmen und Schwerpunktthemen

6.2.1. Sozialer Zusammenhalt

Das allgemeine Ziel besteht darin, durch Unterstützung der Modernisierung des Staates in den Bereichen lokale Entwicklung, Sozialpolitik und Steuerwesen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung und dem Abbau der sozialen und territorialen Ungleichheiten beizutragen.

Das spezielle Ziel besteht darin,

- die staatlichen Maßnahmen zu verbessern, um die Sozialindikatoren anzuheben. Besondere Beachtung kommt dabei der Kompetenz der Sozialversorgungseinrichtungen auf lokaler Ebene in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Beschäftigung und Umwelt zu. Die Tätigkeiten konzentrieren sich auf die wirtschaftlich am stärksten ausgegrenzten Regionen, in denen die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen leben (Armutsquote über dem nationalen Durchschnitt) und insbesondere Einwanderer;
- die sozialen Maßnahmen und die Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften im sozialen Bereich zu stärken, vorausgesetzt, die Steuerreform und die Dezentralisierung der sozialen Kompetenzen mit Übertragung entsprechender Finanzmittel auf die Kommunen werden bestätigt. Unter dieser Voraussetzung schließen die Maßnahmen auch die Schulung und Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kommunen im Bereich

Finanzverwaltung ein, wobei die Grundsätze der Good Governance, der Gleichstellung, Transparenz, einschließlich der Rechenschaftspflicht und der Einhaltung guter Praktiken bei der öffentlichen Auftragsvergabe, Einführung von Auditsystemen und Berichtspflicht auf zentraler Ebene Anwendung finden. Somit tragen diese Maßnahmen auch zur Bekämpfung der Korruption bei.

Eine nachhaltige Entwicklung und Beteiligung der Bürger ist erwünscht und wird gefördert, wobei insbesondere die Beteiligung von Frauen angestrebt wird.

Das Programm knüpft an die während der Durchführung der noch laufenden Programme PRUGAM und FOMUDE erworbenen Erfahrungen an, die den Prozess der Dezentralisierung der Zuständigkeiten im Bereich der gebietskörperschaftlichen und städtischen Verwaltung unterstützen, und ermöglicht eine langfristige Sicherung dieser Fortschritte.

Die Indikatoren zur Auswertung der erhofften Ergebnisse dieser Initiative umfassen unter anderem quantitative und qualitative Daten bezüglich:

- besserer sozialer Investitionen (Beschäftigung, Gesundheit, Umwelt, usw.),
- einer besseren Steuergrundlage und einer gerechten Verteilung der Steuern,
- einer besseren Effizienz der staatlichen Ausgaben für soziale Einrichtungen,
- einer besseren sozialen Grundversorgung,
- besserer sozialer Indikatoren in den betreffenden Bereichen, insbesondere Gesundheit und Bildung, Beschäftigung und Umwelt,
- des Zugangs und der Berücksichtigung der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu Sozialeinrichtungen und Sozialleistungen, insbesondere verbesserte Lebensumstände der Einwanderer, Zahl der Betroffenen, usw.

Begünstigte: costaricanische Verwaltung, staatliche Sozialversorgungseinrichtungen, lokale Gebietskörperschaften.

Endbegünstigte: Gemeinden in den benachteiligten Gebieten.

Programme/Aktivitäten: Hilfen für soziale Maßnahmen einschließlich Modernisierung des Staates, Studien, Untersuchungen, Schulungen, Seminare, Bereitstellung von Material und Logistik, Demonstrationsprojekte, Erfahrungsaustausch, usw.

Einbeziehung von Querschnittsfragen

| Themen | SOZIALER ZUSAMMENHALT |
|-----------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Gleichstellung der Geschlechter | Förderung der Gleichstellung von Frauen, insbesondere im Kampf gegen Ausgrenzung und Armutsabbau. Frauen zur Beteiligung ermutigen. |
| Menschenrechte und kulturelle Dimension | Förderung der Integration und Wahrung der Menschenrechte, insbesondere mit Blick auf die weniger integrierten Bevölkerungsgruppen (Einwanderer und indigene Gruppen). Berücksichtigung der Lage, Kultur und Tradition der indigenen Bevölkerung und der ausgegrenzten Gruppen bei allen Aktivitäten durch Sicherstellung ihrer Beteiligung. Unterstützung des Kampfs |

| | |
|------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | gegen jegliche Form der Ausgrenzung und Förderung der multikulturellen Ausrichtung der staatlichen Maßnahmen und Einrichtungen. |
| Recht des Kindes | Einbeziehung des Schutzes, der Situation und der Rechte des Kindes (schwächste Gruppe) in die Programme. |
| Umwelt | Einbeziehung von Faktoren, die Umweltschäden auslösen, des Zugangs zu natürlichen Ressourcen und Wasser sowie aller Einflüsse, die sich schädlich auf die nachhaltige Entwicklung auswirken. Berücksichtigung der Verletzlichkeit bei Naturgefahren. |

6.2.2. Regionale Integration

Die allgemeine Zielsetzung besteht darin, den Prozess der Integration Costa Ricas in die zentralamerikanische Region zu fördern und dabei insbesondere seinen Bedürfnissen im Hinblick auf die Teilnahme an der zentralamerikanischen Zollunion Rechnung zu tragen.

Die besondere Zielsetzung besteht darin, ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der staatlichen Institutionen in folgenden Bereichen zu erarbeiten:

- Harmonisierung der Gesetzgebung und der industriellen, veterinären und phytosanitären technischen Regeln und Normen sowie der Bestimmungen zum geistigen Eigentum,
- Maßnahmen zur Förderung der Integration Costa Ricas in die Region und Begleitung der erforderlichen technischen Voraussetzungen zur Verhandlung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika,
- Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes, um die Öffnung der Märkte bewältigen zu können.

Voraussetzungen: Verabschiedung der zur Vertiefung der regionalen Integration und Umsetzung der Konvergenzmaßnahmen notwendigen Entscheidungen und Maßnahmen durch die Regierung.

Die wichtigsten Indikatoren zur Messung der erwarteten Ergebnisse umfassen qualitative und quantitative Daten, insbesondere über:

- die Stärkung der zuständigen staatlichen Einrichtungen für die Zertifizierung von Industrie-, Tier- und Pflanzenschutznormen;
- die Stärkung der zuständigen Einrichtungen für geistiges Eigentum, um den Schutz von Patenten, Marken und Modellen zur industriellen Verwendung auszubauen;
- die Schulung von Richtern und Zollbeamten und die Stärkung der Steuerbehörden
- die weitest mögliche Einbeziehung der KMU
- gelieferte Geräte und Anlagen
- die Konvergenz mit der zentralamerikanischen Zollunion.

Begünstigte: Verwaltung, Veterinäramt, Handelskammern und Unternehmensverbände, Unternehmen

Programme/Aktivitäten: Untersuchungen, Schulungen, Bereitstellung von Material

Die Programmfestlegung erfolgt auf der Grundlage einer Untersuchung, die ein Jahr vor Projektbeginn durchgeführt wird und in der die Bedürfnisse des Landes im Bereich Handel und regionale Integration ermittelt werden sollen.

Einbeziehung von Querschnittsfragen

| Themen | Regionale Integration |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Benachteiligte Bevölkerungsgruppen, Einwanderung, Frauenemanzipation, soziale Integration | Einbeziehung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Maßnahmen zur Verringerung der Armut und zugunsten der ausgegrenzten und schwächsten Bevölkerungsgruppen. |
| Menschenrechte, insbesondere Arbeitnehmerrechte | Einbeziehung der Anwendung internationaler Arbeitsbestimmungen |
| Umwelt | Die Maßnahmen gehen einher mit der Definition von Umweltzielen und -indikatoren sowie der Auswertung der Umweltindikatoren, einschließlich der Nutzung natürlicher Ressourcen. |

6.3. Komplementarität mit anderen Instrumenten der Zusammenarbeit

Die im Rahmen der Zusammenarbeit vorgesehenen Finanzierungen umfassen die für Lateinamerika im Rahmen der bilateralen geografischen Programme bereitgestellten Mittel.

Die regionalen Programme, an denen das Land teilnehmen kann (ALFA, ALBAN, AL-INVEST, @LIS, EuroSociAL et URBAL), und die themenbezogenen Programme wie Umwelt, Unterstützung nichtstaatlicher Akteure, Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, Investition in Humankapital, sind als Ergänzung zur bilateralen geografischen Programmplanung mit Costa Rica zu sehen.

Es werden Komplementarität und Synergien mit den regionalen Programmen und der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich sozialer Zusammenhalt durch das Programm EuroSociAL, das Schulungen und Austausch für Verwaltungen und Akteure vorsieht, die mit staatlichen Maßnahmen betraut sind (Justiz, Steuer, Bildung, Gesundheit, Beschäftigung) angestrebt. Gleiches gilt für alle anderen nützlichen Programme, die im Rahmen der regionalen Programmplanung 2007-2013 entwickelt werden, insbesondere in den Bereichen Steuerwesen, Dezentralisierung, Sozialpolitik und Partnerschaft zwischen lokalen Gebietskörperschaften.

Im Bereich sozialer Zusammenhalt wird eine Komplementarität mit dem Forschungs- und Entwicklungsprogramm INCO angestrebt, um insbesondere die wissenschaftliche und technologische Forschung in Bereichen, die Arbeitsplätze in den benachteiligten ländlichen Regionen des Landes schaffen, auszubauen.

Es wird eine Koordinierung mit Programmen wie DIPECHO im Bereich der Gefahrenprävention für das Land und die Region und der Intervention im Katastrophenfall, die Gegenstand von Maßnahmen im Rahmen der humanitären Hilfe sind, sichergestellt. Die Verhütung von Naturkatastrophen ist auch Gegenstand eines 2005 für Zentralamerika aufgelegten Regionalprogramms. Da Costa Rica nicht zu den Zielländern der themenorientierten Haushaltslinien gehört, könnte eine Intervention durch Instrumente wie „NROs“ und „Menschenrechte“ ins Auge gefasst werden, wenn internationale Spezialorganisationen im Lande ansässig sind, die nicht allein auf Aktionen ausgerichtet sind, die allein dieses Land betreffen. Auch das Finanzinstrument „Umwelt und Tropenwälder“ könnte bei wichtigen

Umweltproblemen (Abholzung, Gewässerverschmutzung, Abfallmanagement) gezielt zur Ergänzung der vorliegenden Strategie eingesetzt werden (siehe auch Anhang 11).

Im Bereich regionale Integration sind die Aktivitäten komplementär, und es werden Synergien mit der regionalen Programmplanung für Zentralamerika für die regionale Integration (siehe Anhang 2), mit den regionalen Programmen für Lateinamerika, insbesondere AL-INVEST, sowie den regionalen Aktionen im Rahmen des Programms @LIS (Hilfe für KMU und ständiger Dialog über die Informationsgesellschaft) angestrebt.

7. INDIKATIVER ZEITPLAN FÜR DIE UMSETZUNG 2007-2013

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Sozialer Zusammenhalt | | | | 75% | | | |
| Regionale Integration | | 25% | | | | | |